

Glaser: Flächenbedarf der Firmen ist nach wie vor da

Mehr als 70 Stellungnahmen - Mario Glaser gibt einen Überblick im Maselheimer Gemeinderat

bvl

Maselheim

Rund 70 Stellungnahmen haben Behörden und Privatleute zum IGI-Bebauungsplan-Vorentwurf eingereicht. Nach Schemmerhofen hat sich der Maselheimer Gemeinderat mit dem Thema beschäftigt. Nachfragen aus den Reihen des Gemeinderats gab es zum Bedarf an solchen Industrieflächen und zu einer möglichen Erweiterung.

Der IGI-Vorsitzende, der Schemmerhofer Bürgermeister Mario Glaser, gab einen Überblick über die eingegangenen Stellungnahmen und sich daraus ergebende Änderungen am Bebauungsplanvorentwurf. So soll die Mindestgröße der Baufelder von zwei auf fünf Hektar erhöht werden, daraus ergeben sich im ersten Abschnitt drei Baufelder für drei Firmen. Der Park- und Ride-Platz am Südbahnhalt wird nicht eingerichtet. Das Regierungspräsidium wollte keinen zusätzlichen Verkehr in das Gebiet ziehen. Auf der Fläche soll stattdessen eine PV-Freifläche entstehen, die einen Beitrag zur CO-Neutralität leisten kann. Festlegungen wurden zudem zur Fassaden- und Dachbegrünung und zu einer vom Naturschutz geforderten externen Ausgleichsfläche getroffen.

Alle drei Baufelder haben Bahnerschließung, so Glaser. Firmen, die mehr als die nun reduzierte Zahl an Parkplätzen am Gebäude brauchen, müssen Parkhäuser bauen. An den Straßen soll es keine Lkw-Stellplätze geben, um zu verhindern, dass das Gebiet für Ruhezeiten genutzt wird.

Der IGI-Vorsitzende ging auf die Verkehrsbelastung ein. Die L 267 sei schon am Anschlag, sagte er. „Das Gutachten stellte aber fest, dass der zusätzliche Verkehr durch das IGI nicht zu einer so starken Erhöhung führt, dass diese merklich wäre“, sagte Glaser. Man nehme die Belastung ernst, aber das IGI sei nicht ursächlich für das starke Verkehrsaufkommen auf der L 267. In Abstimmung mit den Behörden solle es Tempolimits geben: 70 km/h bei und 30 in Herrlishöfen.

Gemeinderat David Weber kritisierte den Verbrauch an landwirtschaftlichen Flächen. Es gehe um Äcker für die Nahrungsmittelproduktion. Er glaube nicht, dass der Druck, diese Flächen mit Industrie zu bebauen, so enorm sei, sagte er und forderte: „Verschieben oder pausieren und weiter abklären.“ Bürgermeister Elmar Braun entgegnete, es sei eine gesellschaftspolitische Debatte, ob alle von der Landwirtschaft lebten oder ob es noch andere Arbeitsplätze gebe. Für Ersteres sehe er keine gesellschaftliche Mehrheit. Glaser fügte hinzu, der Flächenbedarf der Unternehmen sei nach wie vor da. „Handtmann ist sehr interessiert an der Planung. Auch weitere Firmen fragen regelmäßig nach.“

Das IGI sei für Firmen aus der Raumschaft, sagte Glaser auf die Nachfrage von Thomas Glutsch, ob man externe Interessenten ablehnen könne. „Alle beteiligten Kommunen müssen einem Grundstücksverkauf an ein Unternehmen zustimmen. Keine Firma kann sich hier hereinklagen“, so Glaser.

Ob eine Erweiterung des IGI gestoppt werden könnte, wollte Christian Rehm wissen. Bis der erste Abschnitt bebaut sei, vergehe viel Zeit, antwortete Glaser. Hätten örtliche Firmen dann noch Bedarf, müsse man sich Gedanken über einen zweiten Abschnitt machen. Dem müssten alle vier Kommunen zustimmen. „Wenn eine nein sagt, ist es vorbei“, erläuterte Glaser. „Man kann uns nicht zwingen zuzustimmen“, so Braun.

Der Gemeinderat billigte bei einer Gegenstimme (David Weber) die vorgeschlagene Behandlung der Stellungnahmen.
